

An den
Vorsitzenden des Rechtsausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Hamm, 18.08.2021



**Schriftliche Anhörung von Sachverständigen durch den Rechtsausschuss
des Landtags Nordrhein-Westfalen**

**„Gesetz zur Änderung des Landesrichter- und Staatsanwältegesetzes –
LRiStaG“**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/13063

Sehr geehrter Herr Dr. Pfeil, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des
Landtags!

Der Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen dankt für die
Gelegenheit zur Stellungnahme.

I.

Um bei diesem besonders sensiblen Thema Missverständnissen vorzubeugen,
möchte ich voranstellen, dass sich der Bund der Richter und Staatsanwälte in
Nordrhein-Westfalen e. V. immer für die Stärkung der Fortbildung aller
Kolleginnen und Kollegen eingesetzt hat. Dies entspricht richterlichem und auch
staatsanwaltschaftlichem Berufsethos und ist ein ganz wesentlicher Aspekt der
Qualitätssicherung der Rechtspflege.

Dabei besteht seit jeher unabhängig von einer ausdrücklichen gesetzlichen
Regelung eine generelle Fortbildungspflicht. Der von Richterinnen und Richtern,
Staatsanwältinnen und Staatsanwälten gleichermaßen geleistete Eid geht nach §
38 Abs. 1 DRiG dahin, dass das Amt „**nach bestem Wissen**“ ausgeübt wird. Nach
„bestem Wissen“ kann das Amt aber nur dann ausgeübt werden, wenn Wissen
erworben wird und vorhandenes Wissen vertieft wird. Eine
Fortbildungsverpflichtung ist daher weder als Thema für die Justiz neu, noch ist
eine Fortbildungsverpflichtung erst durch § 13 LRiStaG begründet worden. Die
Regelung ist lediglich deklaratorisch.

Dabei ist es dem Bund der Richter und Staatsanwälte wichtig zu betonen, dass eine originäre Fortbildungsverpflichtung **generell für jedes Dezernat** innerhalb der Rechtsprechung **gleichermaßen** gilt. Dies folgt bereits aus der Gleichwertigkeit der Rechtsprechungsämter. Würde der Gesetzgeber den gegenteiligen Eindruck erwecken, dass die Fortbildungspflicht für einige Dezernate mehr und andere Dezernate weniger, dafür vielleicht für einige Dezernate ganz besonders und andere Dezernate gar nicht gilt, wäre das für das Gelingen dieses Rechtsstaates fatal.

Von daher haben wir die Einführung der aktuell geltenden expliziten Fortbildungsverpflichtung in § 13 LRiStaG ausdrücklich mitgetragen. Einer Fortbildungspflicht kann nur Genüge getan werden, wenn der Dienstherr im Gegenzug diese Fortbildung fördert und entsprechende Angebote sicherstellt. Deswegen hatten wir uns damals erfolgreich für eine ursprünglich nicht vorgesehene Einführung des aktuellen zweiten Satzes von § 13 LRiStaG eingesetzt, der festschreibt, dass die dienstliche Fortbildung vom Dienstherrn durch geeignete Maßnahmen zu fördern ist.

II.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die im Entwurf vorgesehene Einführung eines ausdrücklichen Fortbildungsrechtes (Änderung von § 13 Abs. 1 S. 1 LRiStaG: „... **das Recht** und die Pflicht, sich fortzubilden.“).

Auch die Konkretisierung der korrespondierenden Verpflichtung des Dienstherrn gemäß § 13 Abs. 2 S. 1 und 2 des Entwurfes wird begrüßt. Sie bedarf über den Entwurf hinaus in der Praxis der Ausweitung und Vertiefung. Denn im Hinblick auf die Ausweitung des Fortbildungsprogrammes (Budget der Justizakademie; Erweiterungsbau der Justizakademie) und die Flexibilität der Fortbildungsformate kann noch viel getan werden. Ebenso viel getan werden kann auch bei der Schaffung eines fortbildungsfreundlichen Berufsumfeldes, angefangen vom Verständnis der flächendeckenden Fortbildung als Führungsaufgabe bis zur Personalausstattung respektive der tendenziell fortbildungsfeindlichen Belastung (Personalmangel) durch Arbeitsrückstände nach Abwesenheit.

Ferner stimmen wir mit dem Entwurf von der Zielrichtung her darin überein, dass in dieser Gesellschaft noch mehr zum Schutz derjenigen getan werden muss, die sich am schlechtesten selbst schützen können.

Gleichwohl müssen wir Teile des Entwurfs, insbesondere die konkretisierenden Regelungen für den Bereich des Familien- und Jugendstrafrechts gemäß § 13 Abs. 1 S. 2 und Abs. 2 S. 3 und 4 LRiStaG ablehnen. Der Entwurf geht an diesen Stellen von falschen Voraussetzungen aus und weist der Justiz eine Aufgabe zu, die sie so nicht erfüllen kann und für die sie auch nicht vorgesehen ist. Zudem würden unbeabsichtigt falsche, gar demotivierende Signale gesetzt.

III.

Ziel des Entwurfs ist die „*Verstärkung der Prävention in der Rechtspflege*“, für die „*für Richterinnen und Richter der Familien- und Jugendgerichte sowie die Jugendstaatsanwältinnen und -anwälte ... spezielle Kenntnisse und Fähigkeiten erforderlich*“ seien.

Dieser Ausgangspunkt ist falsch. Zwar spricht es nicht grundsätzlich gegen eine Stärkung der Fortbildung in der Justiz, es ist aber wichtig, sich darüber Klarheit zu verschaffen, dass Prävention als Hauptargument für eine Stärkung der Fortbildung in der Justiz nicht tragfähig ist.

Wenn Ausgangspunkt eine Stärkung der Prävention sein soll, so ist zunächst festzuhalten, dass Prävention in den Bereichen sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche nur als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gelingen kann. Hier müssen vor allem im Bereich der Gefahrenabwehr die Polizei- und Kommunalverwaltungen sowie in den Bereichen der Aufklärung und aufdeckungssensiblen Wahrnehmung Kindergärten und Schulen, Angebote der Kinder- und Jugendarbeit, der Erwachsenenbildung und die Zivilgesellschaft ganz allgemein zusammenwirken. Vor allem hier muss angesetzt und unbedingt mehr erreicht werden. Es ist die Polizei, die für Gefahrenabwehr zuständig ist. Es sind die Jugendämter, die von Amts wegen über das Wohlergehen der ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen zu wachen haben. Es ist die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit, die, ohne einen Spitzelstaat zu schaffen, mit mehr Verantwortungsbereitschaft und Zivilcourage sensibler für ihr Umfeld werden muss. Damit meine ich jeden einzelnen von uns.

Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sind natürlich auch Teil dieser Gesellschaft. In ihrem Beruf aber haben sie ausschließlich Rechtsprechungsaufgaben. Sie müssen sich anhand von konkreten Einzelfällen mit dem Sachverhalt und den Rechtsfolgen auseinandersetzen. Direkter formuliert: Gerichte und Staatsanwaltschaften kommen erst dann ins Spiel, sei es als Strafverfolgungsorgane (Repression), sei es als Familiengericht (ordnend), wenn man einen konkreten *Fall* hat. Prävention soll aber einen solchen „Fall“ gerade verhindern.

Natürlich ist im Rahmen derartiger Verfahren über die Grenzen des zu Entscheidenden hinaus weiter zu schauen, ob Veranlassung für weitergehende Maßnahmen besteht. Besonders in familiengerichtlichen Verfahren, in denen der Vorwurf des Missbrauchs erhoben wird oder vielleicht nur aufgrund von Auffälligkeiten unbenannt im Raume steht, ist es dringend geboten, mit möglichst großer Sachkunde sehr genau hinzuschauen. Wenn hier etwas übersehen wird, ist das schlimm. Es liegt mir fern, die Tragweite der bekannten Fälle, in denen genau dort versagt wurde, kleinzureden.

Wollte man der Justiz aber eine generelle Präventionszuständigkeit zuweisen, wäre das innerhalb der vorhandenen rechtlichen Regeln (die dritte Staatsgewalt kontrolliert die Maßnahmen der anderen Staatsgewalten und entscheidet im Rahmen des staatlichen Gewaltmonopols über Auseinandersetzungen zwischen Bürgern und im Verhältnis des Bürgers zum Staat) nicht zu leisten, schon gar nicht mit der leider nach wie vor defizitären Personalausstattung.

Mit diesen Ausführungen möchte ich, um es nochmals zu betonen, weder gegen eine Stärkung der Fortbildung innerhalb der Justiz noch gar gegen die Zielrichtung des Entwurfs, Kinder und Jugendliche besser zu schützen, argumentieren. Im Kern stimmen wir dem Ansinnen zu.

Wenn man aber darüber nachdenkt, im Bereich der Fortbildung gesetzliche Regeln zu schaffen oder zu ändern, muss man sich eingestehen, dass das Argument für eine solche Veränderung nicht Prävention sein kann. Prävention ist nicht die originäre Zuständigkeit der Rechtsprechung. Dies kann die Rechtsprechung, wenn überhaupt, nur „am Rande“ leisten. Erwartet man von ihr eine Präventionsleistung im größeren Ausmaß, so muss diese Erwartung zwingend enttäuscht werden.

Damit wäre nichts gewonnen im Hinblick auf das Anliegen, Kinder und Jugendliche besser zu schützen.

IV.

Die Einführung einer *besonderen*, ausdrücklich gesetzlich normierten Fortbildungspflicht für die Bereiche des Familienrechts und des Jugendstrafrechts kann man nur begründen, wenn man feststellt, dass dort flächendeckend dauerhaft massive fachliche Defizite gepaart mit einer generellen Ablehnung von Fortbildungsangeboten bestehen würden. Dieser Befund - generelle Fortbildungsfeindlichkeit - müsste losgelöst von den konkret in diesen Dezernaten tätigen Personen stehen, sich also quasi mit dem Dezernat vererben. Anderenfalls bestünde keine Veranlassung, diesen Befund durch ein dauerhaft geltendes Gesetz zu perpetuieren.

Die Fortbildungsrealität im Land Nordrhein-Westfalen gibt zu solchen Spekulationen keine Veranlassung.

Richterinnen und Richter sowie Staatsanwälten und Staatsanwälte sind in den hier angesprochenen Rechtsbereichen sowohl nach ihrem Amtseid gemäß § 38 Abs. 1 DRiG als auch durch die deklaratorische Norm des § 13 LRiStaG zur Fortbildung verpflichtet.

Das umfasst selbstverständlich auch die Aspekte, die nun besonders gesetzlich hervorgehoben werden sollen, nämlich die Themenbereiche

- der Gesprächs- und Verhandlungsführung mit Erwachsenen und Minderjährigen,
- die Pädagogik,
- der Entwicklungspsychologie der Kinder und Jugendlichen sowie
- der Kenntnisse des Jugendhilfesystems und der UN-Kinderrechtskonvention.

Die im angesprochenen Themenbereich tatsächlich wahrgenommenen Fortbildungsangebote gehen deutlich darüber hinaus, zum Beispiel (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) in den Bereichen

- des Opferschutzes allgemein,
- des Täter-Opfer-Ausgleichs,
- der Adhäsionsklage,
- der Zeugenbeistände,
- der Videovernehmung von Zeugen,
- des Gutachterwesens (in allen Bereichen: Sorgerecht, Aussagepsychologie, kinder- und jugendpsychiatrische Gutachten etc.),
- der psychosozialen Prozessbegleitung,
- Mediation.

Aber auch allgemeine (straf-) prozessuale Kenntnisse und solche des Strafzumessungsrechts dienen mittelbar dem Schutz von Kindern und Jugendlichen, um wiederholende Aussagen aufgrund erfolgreicher Rechtsmittel auf das unabdingbare Maß beschränken zu können.

Hinsichtlich des breit aufgestellten Fortbildungsangebotes der Justizakademie des Landes Nordrhein-Westfalen wird auf deren Homepage verwiesen. Die dort aufgeführten Fortbildungsangebote, die auch in den Bereichen Familienrecht und Jugendstrafrecht deutlich über die im Entwurf genannten Themen hinausgehen, werden auch tatsächlich nachgefragt. Es finden regelmäßige Programmkonferenzen statt, bei denen neue Fortbildungsangebote beschlossen werden und im Einzelfall auch entschieden wird, dass ein nicht nachgefragtes Bildungsangebot nicht fortgeführt wird.

Tatsächlich ist es so, dass die Justizakademie mehr Fortbildungen anbietet, als sie in der Tagungsstätte in Recklinghausen im Hinblick auf die Anzahl der Tagungsräume und Kalendertage organisieren kann. Die so in Nordrhein-Westfalen faktisch bestehenden Grenzen der Fortbildung werden durch Anmietung externer Fortbildungsräume mit erheblichen vermeidbaren zusätzlichen Kosten ständig erweitert.

Hier wäre mittelfristig ein Erweiterungsbau die wirtschaftlich deutlich sinnvollere Lösung, mit der zusätzliche Fortbildungsangebote, auch in den hier in Rede stehenden Bereichen, gemacht werden könnten.

Angesichts dieser Informationen ist festzustellen, dass die bestehende Verpflichtung zur Fortbildung in der Praxis auch gelebt wird. Natürlich ist die Fortbildungsbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen individuell unterschiedlich stark ausgeprägt. Aber nach hiesigen Erkenntnissen nehmen Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte schon aus Eigeninteresse an einer qualitativ hochwertigen Arbeit regelmäßig Fortbildungsangebote wahr.

Und umgekehrt gilt, dass das Präsidium des Gerichts, das über die Verteilung der richterlichen Zuständigkeiten entscheidet, nicht dauerhaft jemandem ein Dezernat zuweisen wird, dem sie oder er aufgrund fehlenden Fortbildungsinteresses nicht gewachsen ist. Entsprechendes gilt für die Dezernatsverteilung in den Staatsanwaltschaften des Landes.

V.

Wenn zwar kein belastbarer Grund für eine gesetzliche Hervorhebung einiger Fortbildungsthemen in den zwei genannten Rechtsbereichen besteht, könnte man erwägen, einer deklaratorischen Regelung zuzustimmen, wenn hierdurch kein Schaden entstünde. Leider ist das Gegenteil zu befürchten.

Wie bereits oben thematisch teilweise ausgeführt braucht es, auch zum Schutz der Betroffenen, im Bereich des Familienrechts und des Jugendstrafrechts sehr vielmehr Kenntnisse, als im Entwurf angesprochen werden. Die im geplanten Gesetz nicht angesprochenen Fortbildungsthemen werden durch die Nichterwähnung zu Fortbildungsthemen zweiter Klasse. Auch die vorgesehene Formulierung zu Beginn der Themenaufzählung mit „insbesondere“ ändert daran nichts. Vielmehr wird durch „insbesondere“ noch einmal die besondere Wichtigkeit der aufgezählten Themen zulasten der gesteigerten Unwichtigkeit der anderen Themen betont. Dies halten wir für falsch.

Eingangs habe ich erwähnt, dass die Fortbildungsverpflichtung für Richterinnen und Richtern, Staatsanwälten und Staatsanwälte **in allen Bereichen** ihrer beruflichen Tätigkeit **gleichermaßen** gilt.

Dies folgt schon daraus, dass eine richterliche Tätigkeit im Familiendezernat oder im Jugendstrafrecht genauso besoldet wird, wie eine Tätigkeit im Zivilrecht, im Insolvenzrecht, im Betreuungsrecht etc. Diese Gleichwertigkeit aller Richterämter mit der Konsequenz zu durchbrechen, dass im Bereich der R-Besoldung gänzlich neue Wege zu beschreiten wären, ist erkennbar nicht das Anliegen dieses Gesetzentwurfes.

Durch die besondere Erwähnung des Familienrechts und des Jugendstrafrechts bei der Fortbildung wird aber signalisiert, dass die Fortbildung in anderen Rechtsbereichen weniger wichtig sei. Andernfalls wäre sie ja im Gesetz erwähnt.

Wenn der Gesetzgeber mit diesem Gesetzentwurf bei § 13 Abs. 1 S. 2 und Abs. 2 S. 3 und 4 LRiStaG bewusst das Missverständnis in Kauf nimmt, den Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten das Signal zu geben, dass eine Fortbildung etwa (ohne Anspruch auf Vollständigkeit)

- im allgemeinen Zivilrecht,
- im Mietrecht
- im Baurecht,
- im Arzthaftungsrecht,
- im Bankrecht,
- im Insolvenzrecht
- im Registerrecht,
- im Erwachsenenstrafrecht,
- im Wirtschaftsstrafrecht,
- im Umweltstrafrecht,
- im Betreuungsrecht,
- im Nachlassrecht,
- im Landwirtschaftsrecht,

ganz zu schweigen von den Fachgebieten

- des allgemeinen und besonderen Verwaltungsrechts,
- des Arbeitsrechts,
- des Sozialrechts und
- des Finanz- und Steuerrechts

unwichtig oder jedenfalls nicht so wichtig ist wie in den genannten Themengebieten, so wäre dieses Signal fatal.

Hierdurch würde die Fortbildungswirklichkeit sowohl in der wirtschaftlichen Ausstattung der Fortbildungsangebote als auch im Hinblick auf die Verbindlichkeit des Normappells bei allen anderen Fortbildungsthemen geschwächt werden. Auch hier ist zu wiederholen: Die Formulierung mit „insbesondere“ relativiert dieses falsche Signal nicht. Die mit „insbesondere“ eingeleitete Betonung der besonderen Wichtigkeit der genannten Themen ist untrennbar mit der Aussage der relativierenden Unwichtigkeit der nicht genannten Themen verbunden. Eine solche Botschaft mit einem Gesetzestext zu vermitteln, halten wir für falsch.

VI.

Auch die Festschreibung, wann die Fortbildungspflicht erfüllt ist, nämlich nach § 13 Abs. 2 S. 3 des Entwurfes bei der Wahrnehmung von mindestens drei Fortbildungen in drei Jahren, halten wir für wenig zielführend.

Zunächst ist wenig nachvollziehbar, dass diese konkrete Vorgabe nur für den Bereich des Familienrechts und des Jugendstrafrechts erfolgen soll. Das sich hieraus im Wege des Umkehrschlusses ergebende falsche Signal für alle anderen Fortbildungsbereiche ist bereits zuvor dargestellt worden.

Zudem müsste man die Beachtung einer derart gesetzlich konkretisierten Fortbildungsverpflichtung nachhalten. Zwar wäre der Verwaltungsaufwand selbst dann, wenn alle etwa 6.000 aktiven Richterinnen und Richtern (einschließlich der Fachgerichtsbarkeiten), Staatsanwälten und Staatsanwältinnen bei mindestens drei Fortbildungsnachweisen in einem Betrachtungszeitraum von drei Jahren erfasst wären, noch relativ überschaubar. Aber auch diese Arbeit muss getan werden.

Weiter ergibt sich bei dieser geplanten Regelung das Folgeproblem der Frage, welche Fortbildungen anerkannt werden. Sollen nur solche der Justizakademie des Landes in Betracht kommen, oder sollen die in vielen Bereichen mindestens gleichwertigen Fortbildungsangebote anderer Bildungsträger gelten? Wer entscheidet das? Was gilt in den anderen Fortbildungsbereichen – sollen dort auch „nicht zertifizierte“ Fortbildungen anerkannt werden?

Eine weitere Frage ist, wie man angesichts einer solchen Regelung mit der gerade im Bereich der Rechtswissenschaft traditionell besonders bedeutenden Vermittlung von Inhalten durch Selbststudium von Fachliteratur umgehen möchte. Mit dem Studium der Rechtswissenschaft wird unter anderem die Technik erworben, sich im Wege des Selbststudiums schnell in neue, nicht nur juristische Themen mithilfe von Lehrbüchern, Aufsätzen und Entscheidungen einzuarbeiten. Dies gelingt erfahrungsgemäß je nach Qualität des Textes und nach Qualität des Vortragenden oft sogar besser, als durch eine herkömmliche Fortbildungsveranstaltung. Gerade diese Fähigkeit erworben zu haben, sich nämlich eigenständig in Themen einzuarbeiten, macht den guten Juristen aus.

VII.

Der Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW e. V. unterstützt trotz dieser teilweisen Ablehnung die Zielrichtung des Entwurfs, die Fortbildung in der Justiz zu stärken.

Mit den von uns befürworteten geplanten Änderungen in § 13 Abs. 1 S. 1 und § 13 Abs. 2 S. 1 und 2 LRiStaG wird bereits eine deutliche Stärkung des Fortbildungswesens erreicht.

1.

Eine weitere Stärkung der Fortbildung kann sehr kurzfristig durch eine Anhebung des Budgets der Justizakademie Recklinghausen und einer haushaltstechnischen Bewilligung eines Erweiterungsbaus der Justizakademie erfolgen. Das würde sich auch in den hier angesprochenen Themenbereichen auswirken.

2.

Mindestens ebenso wichtig wie ein Fortbildungsangebot ist aber auch ein fortbildungsfreundliches Arbeitsklima.

Hier spielt das trotz erheblicher Verbesserungen der letzten Jahre nach wie vor bestehende deutliche Personaldefizit im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Staatsanwaltschaften eine Rolle. Wir gehen dabei hinsichtlich der mittelfristig postpandemisch wieder zu erwartenden Belastung von den Zahlen zum 31.12.2019 aus. Die Belastungsauswertungen des Jahres 2020 (und des ersten Quartals 2021) nach Eingangszahlen sind aufgrund pandemischer Effekte wenig aussagekräftig.

Dieser Belastungszahl kann das theoretisch verfügbare Personal gegenübergestellt werden, wie es sich nach der Maßgabe der weiteren Stellenzuwächse bis zum 31.12.2020 darstellt:

	effektiver Gesamtpersonalbedarf zum 31.12.2019	Stellen zum 31.12.2020	Defizit
ordentliche Gerichtsbarkeit	4215 Kräfte	3910	- 305
Staatsanwaltschaften	1412 Kräfte	1302 Stellen	- 110

Zur Einordnung dieser Defizitzahlen:

- Ein Amtsgericht durchschnittlicher Größe hat zwischen sieben und 20 Richterinnen und Richter.
- Bei der Staatsanwaltschaft Detmold sind aktuell 19 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte beschäftigt.

Einige der Leserinnen und Leser werden sich an dieser Stelle vielleicht denken „*ceterum censeo... der Richterbund schafft es aber auch bei wirklich jedem Thema, auf das Personaldefizit zu sprechen zu kommen*“. Aber das Personaldefizit hat tatsächlich nachvollziehbare Auswirkungen auch auf die Fortbildungswirklichkeit.

Im Bereich der Gerichtsbarkeiten wird nämlich bei Abwesenheiten generell nicht vertreten, nicht bei Urlaub und erst recht nicht bei kürzeren Abwesenheiten wegen Fortbildung. Abgesehen von Eilt-Fällen ist das grundsätzlich auch kaum anders machbar, denn die Vertreterin bzw. der Vertreter hat neben dem eigenen Dezernat schlichtweg nicht die Zeit, sich ernsthaft mit den Akten aus dem Vertretungsdezernat zu beschäftigen.

Wenn man weiß, dass die Arbeit liegen bleibt, ist die Aussicht auf einen oder gar mehrere Tage Fortbildung nicht besonders verlockend. Wenn man zusätzlich in Rechnung stellt, dass in den allermeisten Dezernaten seit Jahrzehnten eine statistisch gut belegbare Dauerüberbelastung gefahren wird, kann man nachvollziehen, dass sich diese Überlegung angesichts der Personalsituation mit gesteigerter Dringlichkeit stellt.

Diese Überlegung gilt grundsätzlich auch für die Staatsanwaltschaft. Dort wird zwar effektiv vertreten, wenn jemand im Urlaub oder erkrankt ist. Einzelne Tage, wie sie für Fortbildungssituationen typisch sind, werden aber aufgrund des Organisationsaufwandes für „nur“ einen Vertretungstag einerseits und des auch dort bestehenden signifikanten Personalmangels aber in aller Regel nicht vertreten. Die Arbeit bleibt dann auch dort abgesehen von Eilt-Fällen schlichtweg für die Zeit nach der Fortbildung liegen.

Insofern würde sich eine Personalausstattung nach 100%-Peßßy sicherlich auch im Bereich der Fortbildung positiv auswirken.

3.

Ein fortbildungsfreundliches Klima setzt weiter voraus, dass auch in den jeweiligen Gerichts- und Behördenleitungen Fortbildung als Führungsaufgabe verstanden wird, dass Fortbildung also mehr ist als etwas, dass man bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern „dulden muss“, bestenfalls ihnen abverlangt, sondern dass auch die Führungsebene beim Thema Fortbildung mit gutem Beispiel vorangeht.

Dies wird zum Glück von vielen Gerichts- und auch Behördenleitungen schon lange so gelebt, leider jedoch nicht überall. Hier sind vor kurzem von Seiten des Ministeriums der Justiz mit der Einführung einer Fortbildungspflicht für Führungskräfte die richtigen Signale gesetzt worden.

Bei der Umsetzung ist jedoch zu bedenken, dass diese zusätzlichen Fortbildungsaufgaben im Rahmen des bestehenden Budgets der Justizakademie untergebracht werden müssen, was entweder dazu führt, dass dort nicht genügend Fortbildung für Führungskräfte angeboten werden kann oder bestehende Fortbildungsangebote gekürzt werden müssen. Insofern verweise ich obigen Ausführungen zum Budget der Justizakademie.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Christian Friehoff', with a stylized flourish at the end.

Christian Friehoff
Vorsitzender